

DIE LINKE. Vogelsberg

Wahlprogramm

für den Vogelsberger Kreistag

2011 - 2016

DIE LINKE.

Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine (Bert Brecht)

Mehr LINKE und eine andere Politik in den Vogelsberger Kreistag

Kommunen stärken - Demokratie und soziale Gerechtigkeit entfalten

Die LINKE kämpft für eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen und der Zerstörung der Natur. Wir wollen, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Das sind unsere Leitideen in der „großen Politik“, das ist uns auch Richtschnur in der Vogelsberger Kommunalpolitik.

In Hessen besteht zunehmend die Gefahr, dass die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen und der Menschen, die dort leben zugunsten der städtischen Metropolen eingeschränkt werden. Eine zukunftsweisende Kommunalpolitik muss gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land möglich machen und die Nachteile ländlicher Regionen gerecht ausgleichen.

Bürgerinnen und Bürger, Kinder, Jugendliche genauso wie ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger: sie alle können von ihren kommunalen Vertretern erwarten, dass sie für gute und lebenswerte Verhältnisse im Landkreis, in den Städten und Gemeinden sorgen. Das reicht von den Kindergärten bis zu den Friedhöfen, das betrifft die Wohnung, Wasser- und Energieversorgung, Sport- und Freizeitstätten für die Jugend und genauso Kultur- und Bildungsangebote. Die kommunalen Dienstleistungen sollen effizient, preiswert und bürgerfreundlich sein.

Krampfhaft versuchen die Spitzen von CDU, FW und FDP ihre kommunale Regierungszeit der letzten 5 Jahre im Vogelsberg schön zu reden und kratzen krümelweise ihre vermeintlichen Erfolge zusammen. Bei Lichte betrachtet war diese Koalition konzept- und mutlos.

Sie hat alle guten Ideen blockiert. Nicht selten, wie bei den erneuerbaren Energien, begnügt man sich selbstgefällig damit, geförderte Modellprojekte vorzuzeigen. Von einem zukunftsweisenden Energiekonzept ist die CDU meilenweit entfernt.

Beim für den Vogelsbergkreis besonders wichtigen Thema der wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung zeigt sich die Koalition völlig unfähig, notwendige Initiativen zu starten. Mit der neuen Abfallsatzung hat die CDU mit der SPD im Schlepptau den Bock abgeschossen und erhält starken Gegenwind aus der Bevölkerung. Die CDU/FDP/FW-Koalition ist total ausgebrannt und verstrickt sich immerfort in Zwist mit ihrem eigenen CDU-Landrat.

Die Erfahrungen der letzten 5 Jahre zeigen aber auch, dass die SPD als zweite große Partei nicht der Motor für eine politische Wende sein wird, wenn nicht eine starke LINKE-Fraktion sie zu mehr Bürgerbeteiligung und sozial orientierter Politik veranlasst.



Die so genannte „Schuldenbremse“ ist ein Freibrief zum Sozialabbau

Die hessische Landesregierung möchte mit der Kommunalwahl in einer Volksabstimmung am 27. März 2011 die sogenannte Schuldenbremse in den Verfassungsrang erheben. Für dieses volkswirtschaftlich absurde Vorhaben hofft sie auch noch, die höchsten Weihen der hessischen Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Statt einer schädlichen Schuldenbremse müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, geschaffen werden.

Die Hessinnen und Hessen brauchen Vereins-, Sozial- und Kultureinrichtungen, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentlichen Nahverkehr und klimaschonende Energien statt immer weitere Steuergeschenke für Banken, Manager und Einkommensmillionäre. Notwendig ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalwirtschaftssteuer. Unmittelbar müssen benachteiligte überschuldete Kommunen durch den Bund und die Landesregierung entschuldet werden.

Aber viele Kommunalpolitiker aus CDU und SPD unterwerfen sich den so genannten Spar- und Sachzwängen. Auf diesem Wege wird der trostlose Versuch, die kommunalen Finanzen in Ordnung zu bringen zum reinen Selbstzweck, bei dem die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vollständig auf der Strecke bleiben.

Entschuldung des Kreises und der überschuldeten Gemeinden im Vogelsberg ist das Gebot der Stunde

Nach jahrelangem Spardiktat leiden die Kommunen unter einer Finanznot, die durch das Abwälzen weiterer Lasten der Wirtschaftskrise ein existenzbedrohliches Ausmaß annimmt. Die hohen Schuldenlasten des Landkreises und der Gemeinden untergraben die demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten von Kreistag und Gemeindeparlamenten, weil bei nicht ausgeglichenen Haushalten die übergeordneten Behörden die Entscheidungen fällen und über alle Ausgaben wachen.

Um 360 Millionen Euro will die hessische Landesregierung allein den kommunalen Ausgleich für die Kommunen kürzen. Die meisten Bürgermeister und Landräte sehen das Problem, belassen es aber bei verbalen Protesten. Ein Großteil wird dazu neigen Leistungen für seine Bürgerinnen und Bürger zu kürzen, Einrichtungen gar schließen und gleichzeitig die Steuern und Abgaben erhöhen, weil die Regierungspräsidenten dies den Kreisen und Städten diktieren (und der Landrat ebenso den kleinen Städten und Gemeinden). Komischerweise wird das „Haushaltskonsolidierung“ genannt.



Es ist völlig absurd, als Kreisbehörde auf der einen Seite die Kreis- und Schulumlage zu erhöhen und als Kommunalaufsicht den Städten und Gemeinden die Daumenschrauben anzulegen.

Neben einer neuen soliden Finanzierung der kommunalen Selbstverwaltung ist die vollständige Entschuldung der überschuldeten Kommunen im Vogelsberg und des Landkreises durch die hessische Landesregierung notwendig.

Eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle

Wer krank ist oder medizinische Hilfe braucht, ist auf ein gutes Netz von Arztpraxen in der Nähe seines Wohnortes und auf moderne, leistungsfähige Krankenhäuser angewiesen.

Deshalb ist es ganz dringend, das Praxensterben im Vogelsberg zu stoppen und Verhältnisse zu schaffen, damit Ärzte sich hier niederlassen. Medizinische Versorgung basiert auf Vertrauen.

Deshalb können medizinische Versorgungszentren mit wechselndem Personal hilfreich aber keine Alternative für wohnortnahe Arztpraxen sein.

Beim jüngst geschaffenen Vogelsberger Gesundheitsarbeitskreis müssen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger als Patienten durch eigene Vertreter ausreichend gesichert werden.

Zum Nutzen der Patienten und zur Sicherung ihres eigenen Überlebens müssen die Krankenhäuser im Kreis ihre Zusammenarbeit verstärken. Aber konkrete Vorschläge dafür gibt es trotz entsprechender Beschlüsse des Kreistages bisher nicht.

Das wird wie auch in der Vergangenheit ein wichtiges Arbeitsfeld der LINKEN im kommenden Kreistag sein, weil die Frage der gesundheitlichen Betreuung für alle hier existenziell ist.

Von besonderer Bedeutung bleibt die Entwicklung des kreiseigenen Krankenhauses in Alsfeld als öffentliche Einrichtung. Die ständige Kommerzialisierung dieses Betriebes auf dem Rücken der Beschäftigten muss ein Ende haben und der Kreis muss sicherstellen, dass der eingeschlagene Weg der Privatisierung rückgängig gemacht wird.

Ein kostengünstiges ökologisches und soziales Müllkonzept für den Vogelsberg

Die Bewegung der Müllrebellin hat deutlich gemacht: Die Vogelsberger Bevölkerung lehnt die im ZAV mit den Stimmen von CDU/SPD/FDP/FWG in die Welt gesetzte Müllsatzung ab.

Ursprünglich lag den ZAV-Vertretern ein gut ausgearbeitetes Konzept vor, das vor allem vorsah, dass die Abfallentsorgung in eigener Regie, also rekommunalisiert, organisiert wird. Wahrscheinlich erst auf Druck der privaten Entsorger hat die CDU im Schlepptau mit der SPD eine Ausschreibung beschlossen und den Vogelsbergern nun ein miserables Abfallkonzept beschert.

Es ist unsozial, ökologisch unsinnig und bürokratisch aufgebläht. Außerdem werden den Menschen sehr viel höhere Gebühren abverlangt als notwendig wäre.

Ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz für 2015 macht es jetzt schon dringend notwendig, die Weichen für die Abfallentsorgung des Vogelsbergs völlig neu zu organisieren.

Wir wollen dafür sorgen, dass wir ein kostengünstiges, soziales und ökologisch sinnvolles Müllkonzept erhalten, bei dem jeder nur bezahlt, was er an Müll hinterlässt und das entschieden Müllvermeidung fördert.

Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung tut gut

Ob die Bewegung gegen Stuttgart 21 im Großen oder die Müllrebellin bei uns im Kleinen - beide sind positive Symptome für neuartige Bürgerbewegungen, die Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen wollen. Die Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind völlig unzureichend. Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Einwohneranträge ermöglichen es den Bürgern, auf kommunaler Ebene mitzubestimmen.

Bürgerversammlungen, auch auf Kreisebene, sind wichtige Foren zur demokratischen Meinungsbildung, sie sollen auch ein eigenes Antragsrecht für den Kreistag erhalten.

Die Verabschiedung einer Informationsfreiheitsatzung für den Kreis könnte die notwendige Transparenz der Verwaltungen schaffen, damit Bürgerinnen

und Bürger über die Tätigkeit der Kreisverwaltung gut informiert sind.

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes ist ein Instrument, damit die Bürger direkt Einfluss auf die Entwicklung der Kreisfinanzen nehmen können.

Wir wollen Transparenz, Kontrolle und demokratische Mitbestimmung bei kommunalen Projekten, wie Straßenerneuerungen oder dem Bau von Kläranlagen, bei denen die Anlieger bzw. Einwohner zu Zahlungen herangezogen werden.

Kommunale Beiräte und die Vertretungen der Jugendlichen müssen in Zukunft mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten. Das bedeutet, dass sie Rede- und Antragsrecht im Kreistag bekommen sollen und alle Kreisentscheidungen, die ihre Belange berühren, vorab mit den entsprechenden Beiräten abgestimmt werden müssen.

Mit den heute weit verbreiteten Informationstechnologien sind nicht nur Kommunikation und Information verbessert. Diese Technik lässt sich auch hervorragend für die Bürgerbeteiligung an kommunalen Prozessen nutzen.

Die Sitzungen des Kreistages sind öffentlich und Videoaufzeichnungen sollten im Internet veröffentlicht werden.

Wir sind dafür, dass der Landtag das Wahlalter wieder auf 16 Jahre herabsetzt.

Wir würden es begrüßen, wenn Jugendvertretungen mit Antrags- und Rederecht in allen Vogelsberger Gemeinden entstünden.

Migrantinnen und Migranten sind von der Teilhabe am politischen Leben weitgehend ausgeschlossen. Sie müssen in die kommunalen Entscheidungsprozesse einbezogen werden, einschließlich des kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.



Geschlechtergerechtigkeit achten

Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, heißt es im Grundgesetz. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Doch bleibt die Lebenspraxis von Frauen in dieser Gesellschaft weit dahinter zurück. Frauenpolitik heißt für DIE LINKE, die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen Gütern, Kultur, Bildung, Gesundheit etc. Zu garantieren.

Bei der Besetzung öffentlicher Ämter und bei der Beschäftigungsförderung müssen Frauen auch auf Kreisebene stärker berücksichtigt werden.

Nach wie vor erhalten Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn oder Gehalt als Männer. Diese skandalöse Benachteiligung gilt es sofort zu beenden. Der Kreis und die Kommunen sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, heißt es im Grundgesetz. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Doch bleibt die Lebenspraxis von Frauen in dieser Gesellschaft weit dahinter zurück. Frauenpolitik heißt für DIE LINKE, die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen Gütern, Kultur, Bildung, Gesundheit etc. Zu garantieren.

Bei der Besetzung öffentlicher Ämter und bei der Beschäftigungsförderung müssen Frauen auch auf Kreisebene stärker berücksichtigt werden.

Nach wie vor erhalten Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn oder Gehalt als Männer. Diese skandalöse Benachteiligung gilt es sofort zu beenden. Der Kreis und die Kommunen sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sozial und ökologisch gestalten

Gemeinschaftsaufgaben öffentlich organisiert und demokratisch kontrolliert!

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses demokratische Recht existiert aufgrund der finanziellen Not und



der damit einhergehenden Bevormundung durch übergeordnete staatliche Stellen heute faktisch nicht mehr.

Die Privatisierung öffentlicher Leistungen galt CDU wie SPD lange als der goldene Weg, weil sie in einer Zeit der Haushaltszwänge den Anschein erweckte, sie spare Geld und die Privaten könnten es besser.

Aber auch da, wo öffentliche Gesellschaften nicht privatisiert werden, man sie aber den Wettbewerbsgesetzen des Marktes unterwirft, wie beim Kreiskrankenhaus, werden alle negativen Folgen der Kommerzialisierung deutlich. Die Leistungen werden schlechter und teurer und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten werden härter bei sinkendem Gehalt.

Öffentliche Verwaltungen und Betriebe haben als gesellschaftliche Vorbilder tarifliche, soziale und umweltschonende Standards einzuhalten. Das heißt beispielsweise Ausschluss von Lohndumping durch Leiharbeit und 1€-Jobs, das heißt auch klima- und umweltschonende Produktion und entsprechender Energiebezug. Da hat der Vogelsberg noch erheblichen Nachholbedarf.

Ein wesentlicher Hebel der regionalen Arbeitsmarktpolitik besteht in der Förderung öffentlich finanzierter Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen jenseits von Hartz IV und Ein-Euro-Jobs.

Der Kreis muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die „heimische Wirtschaft stärken“, sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten.

Die öffentlichen Arbeitgeber müssen mehr Jugendlichen als bisher Ausbildungsplätze anbieten. Stellt die regionale Wirtschaft nicht genug Lehrstellen zur Verfügung, so muss sie in einem Verbundsystem die außerbetriebliche Ausbildung finanzieren.

Mit der Vogelsberg-Consult besteht schon viele Jahre eine Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung, an der die Vogelsberger Wirtschaft beteiligt ist. Es ist Zeit, dass die Wirtschaft nun auch an der Finanzierung der Vogelsberg-Consult beteiligt wird.

Sparkasse Oberhessen - wieder bürger-näher

Die Sparkasse hat neben den Bankgeschäften die Aufgabe, die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich zu fördern. Dazu muss sie wieder

wohnortnäher im Vogelsberg aktiv werden und das Vorhaben bürgerschaftlicher Initiativen durch regionale Investitionen befördern. Die Entscheidungen der Sparkassenaufsichts- und Verwaltungsräte müssen dafür transparenter werden und unter größere öffentliche Kontrolle kommen.

Privatisierung und Kommerzialisierung - ein Irrweg

Eine soziale Kommunalpolitik muss Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Einrichtungen stoppen, privatisierte Gesellschaften schrittweise rekommunalisieren und aus öffentlichen Mitteln die notwendigen Investitionen vornehmen, um Einrichtungen, wie z.B. das Krankenhaus, die Wasserversorgung oder die Abfallentsorgung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu betreiben.

Klima schützen, Energie sparen - Energieversorgung in eigener Hand

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atomkraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben. Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, Energiegewinnung im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung lokal selbst organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen.

Nach und nach übernehmen Kommunen auch wieder die Stromnetze in ihren Besitz und können so lokal die politischen Weichen für eine regional-nachhaltige Energiepolitik legen.

Die Windkraft ist ein wichtiger Energieträger, die Standortwahl kann nur im Einvernehmen mit den Bewohnern vor Ort erfolgen.

Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien in eigener Hand stärkt das Gemeinschaftsgefühl, die demokratische Kultur und nutzt der regionalen Wirtschaft.

Der Vogelsberg ist eine Region, in der vielfältige gute Voraussetzungen bestehen, Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Der Kreis muss diese Möglichkeiten stärker nutzen und dafür

sorgen, dass die Bürger vor Ort besser an dieser Energieerzeugung beteiligt werden können.

Der Vogelsbergkreis muss auch dafür Sorge tragen, dass Abfälle aus der Region zukünftig, soweit technisch sinnvoll, in der Region energetisch genutzt werden.

Das wichtigste Ziel bleibt die Energieeinsparung, hier muss der Kreis verstärkt Beratungs- und Koordinationsaufgaben übernehmen und vor allem mit gutem Beispiel vorangehen.

Verbraucherschutz ist ein Bürgerrecht auf Information und Aufklärung über Qualität von Produkten und Bewertungen von Dienstleistungen. Wir wollen deshalb, dass eine Niederlassung des Verbraucherschutzes im Vogelsberg eingerichtet und die Schuldnerberatung ausgebaut wird.

Internet-Breitbandanschluss bezahlbar und für alle

In etlichen Ländern Europas ist der schnelle Internet-Zugang bereits ein Bürgerrecht. Deutschland ist da noch Entwicklungsland.

Die gegenwärtigen Vogelsberger Initiativen, verschiedene Orte über Funkstrecken zu versorgen, haben keine Zukunft. Deswegen müssen politische Entscheidungen u.a. der Landesregierung erfolgen,

den Glasfaserausbau auch auf dem Lande zu fördern oder alternativ kabelgebundenes Internet über Kabel-TV oder das Stromnetz möglich zu machen.

Bildung für alle, gleiche Chancen für alle!

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder gleiche Bildungschancen bekommen.

Das gemeinsame Lernen aller Schüler bis Klasse 10 ist dafür ein wichtiger Schritt! Wir lehnen die derzeitige Eliteförderung durch die Einführung der verkürzten Gymnasialzeit (G8) ab Klasse 5 entschieden ab. Das System, alle zu fördern und keinen zurückzulassen zeitigt nachweislich größere Erfolge im Bildungswesen als Auslesemechanismen!

Wir wollen deshalb den Ausbau der Ganztagschulen mit sportlichen und kulturellen Nachmittags- und schulischen Förderangeboten. Weitere Schließungen von Schulen oder Schulzweigen lehnen wir ab.



Das wohnortnahe Schulangebot muss erhalten bleiben. Die unzumutbaren baulichen Zustände mancher Schulen, wie nicht benutzbare Toiletten, müssen vorrangig beseitigt werden. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören. Auch damit werden regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt. Gleiche Chancen für alle heißt auch kostenfreie Schülerbeförderung.

Bildung fängt bei den Kleinsten an. Hier wird das Fundament für Chancengleichheit gelegt. Deshalb muss der Besuch von Kinderkrippen und Kindertagesstätten kostenfrei sein. Dazu braucht es ausreichend gut ausgebildetes und tariflich entlohntes Personal.

Die Volkshochschule sollte verstärkt ihr Augenmerk auf kulturelle und politische Bildung lenken. Berufliche Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen sind Aufgabe der Unternehmen nicht des Kreises. Auszubildende Unternehmen sollten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Antisemitismus, antiislamische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller und untergraben die Demokratie.

In Mittelhessen besteht weiterhin ein aktives Zentrum faschistischer Gruppierungen, die offen gewalttätig sind und intensiv daran arbeiten, vor allem Jugendliche für ihre rassistischen Ziele zu rekrutieren.

Auf der anderen Seite ist im Vogelsberg unter dem Dach des Programms „Vielfalt tut gut“ ein aktives Netz von Institutionen, Vereinen und Aktionsgruppen entstanden, das gute Arbeit gegen Rassismus und für Demokratie leistet. Dieses Netzwerk gilt es weiter in seiner Arbeit zu fördern.

Es ist notwendig, für Weltoffenheit zu werben und für eine politische Kultur der Menschenwürde, der Solidarität und der Toleranz und des Respekts vor den Menschenrechten einzutreten.

Kultur und Sport

Eine adäquate Versorgung mit kulturellen Basisangeboten ist integraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsversorgung und mitnichten eine freiwillige Leistung. Ein erheblicher Teil des kulturellen Angebotes in unserem Kreis wird von Vereinen geleistet. Deren Förderung wurde in den letzten Jahren aufgrund der prekären finanziellen Situation stark heruntergefahren. Situationsverschärfend kommt hinzu, dass selbst eine eigentlich nichtmaterielle Unterstützung z.B. durch Raumüberlassung oder technische Hilfe nach Einführung der Doppik schwieriger geworden ist. Der Kreis halt sich in all diesen Fragen weit gehend bedeckt. Wir fordern die Einrichtung eines Kulturamtes oder eines Kulturbeauftragten beim Kreis mit der Aufgabe, bestehende kulturelle Initiativen im Kreisgebiet zu erfassen, fördern, unterstützen und beraten. Die Sportförderung muss ausgebaut werden und vor allem die Jugendarbeit und die Förderung Benachteiligter unterstützen.

Umgang mit Flüchtlingen

Zur dunklen Kehrseite unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates gehört leider auch der beschämende Umgang mit den Flüchtlingen, deren Asylstatus aberkannt, bzw. von vornherein gar nicht zugebilligt wurde oder die sich noch im Anerkennungsverfahren befinden.

Zumeist handelt es sich um Familien, die schon 10 Jahre oder länger gemeinsam mit uns leben und

dabei ständig dem Druck der drohenden Ausweisung ausgesetzt sind. Folgerichtig ist eine Integration gesellschaftlich weder beabsichtigt noch erwünscht, auch werden humanitäre Erwägungen von vornherein keine Chancen eingeräumt. Die vom Zuwanderungsgesetz empfohlenen Härtefallkommissionen werden in Hessen derart eingesetzt, dass nur Personen und Familien berücksichtigt werden, die ihren Lebensunterhalt eigenständig bestreiten können. Dieses Vorgehen schließt Kranke und alte Menschen grundsätzlich aus. Das Ziel, die Betroffenen wie Müll vor den nationalen Gartenzaun zu kehren und einem ungewissen Schicksal zu überantworten, wird dabei nicht aus dem Auge verloren. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche, die den größten Teil ihres Lebens hier verbracht haben, bzw. in Deutschland geboren sind. Sie denken und sprechen zumeist Deutsch, können teilweise er-

Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken!

Statt marode Banken zu sanieren in öffentliche Bildung investieren: in die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen mehr Lehrerinnen und Lehrer, Ganztagsbetreuung und keine Gebühren. www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

folgreiche Schulabschlüsse vorweisen, nehmen am Vereinsleben teil. Bei Berücksichtigung unserer jüngeren Geschichte stünde es uns sicherlich gut an, hier mehr Großzügigkeit und Menschlichkeit zu zeigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die zur Zeit geübte Praxis der Kettenduldung durch die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis abgelöst wird, wie auch im Zuwanderungsgesetz vorgesehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass den betroffenen Flüchtlingen genauso wie jedem anderen Arbeitssuchenden der Arbeitsmarkt geöffnet wird.

Wir setzen uns für gleiche Bildungschancen und Ausbildungsmöglichkeiten für Jedermann ein, das heißt auch für die Kinder der Flüchtlingsfamilien, entsprechend der UNO-Kinderkonvention.

Wir lehnen die kasernierte Zwangsunterbringung in sogenannten Wohnheimen und der damit verbundenen Aushebelung der Grundrechte auf Menschenwürde, Privatsphäre und allgemeine Handlungsfreiheit vehement ab und fordern eine umgehende Abschaffung der freiheitsberaubenden Residenzpflicht.

Wir unterstützen die Arbeit von Asylfreundeskreisen und schließen uns dem Protest gegen Abschiebungen an, besonders gegen die Praxis, diese in den frühen Morgenstunden überfallartig zu vollziehen.

Wir unterstützen ProAsyl und christliche Gemeinden, die den Verfolgten Asyl gewähren.

Der Umgang mit Flüchtlingen ist ein wichtiger Gradmesser für die Verfasstheit einer demokratischen Gesellschaft, in der kein Platz sein darf für Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus.

Das soziale System unserer Gesellschaft stärken statt es weiter zu zerstören

Nicht nur in den städtischen Metropolen finden sich soziale Brennpunkte mit Drogen- und Alkoholsucht, Obdachlosigkeit, privater Überschuldung und massiver Jugendgewalt. Auch die ländlichen Regionen wie der Vogelsberg bilden schon länger nicht mehr jene heile Welt an die so mancher CDU- oder SPD-Kommunalpolitiker nur allzu gerne noch glaubt.

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme, zunehmende soziale Ungerechtigkeiten, durch die Politik der Bundes- und Landesregierung und die vielen so-

zialen Problemebenen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden.

Aber soziale Kommunalpolitik muss die zuständigen Verwaltungen finanziell und personell stärken. Die sozial engagierten Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Vereine sind stärker zu unterstützen, statt fortwährend vermeintlich „freiwillige“ Leistungen für die Einrichtungen zu kürzen. Um die Sozialpolitik im Kreis zu verbessern fordert die LINKE schon lange einen Armutsbericht für den Vogelsbergkreis.

Kommunale Sozialpolitik kann konkret die Situation der wirtschaftlich Schwachen und Ausgegrenzten verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, z. B. durch die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von den Kindergärten über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt, durch präventive medizinische und soziale Betreuung und Versorgung, durch mehr Jugendsozialarbeit und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen und beispielsweise zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen, z. B. Weihnachtsbeihilfen für finanziell schwache Familien.

In den Gebührensatzungen des Kreises und z. B. des Abfallzweckverbandes ZAV muss es zukünftig möglich sein, soziale Aspekte umfänglich zu berücksichtigen.

Flüchtlinge, die hier in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften leben, müssen menschenwürdig untergebracht werden. Entweder muss bei privaten Einrichtungen dafür die Kontrolle der Wohnzustände verbessert werden oder die Heime sind in öffentliche Trägerschaft zu übernehmen. Wir sind dafür, dass die Bewohner die Möglichkeit erhalten, die Unterkünfte selbst zu verwalten.

Unser Vogelsberg

Ländliche Gebiete wie unser Vogelsberg versorgen die Gesellschaft mit Nahrung, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten sowie notwendiger Grün- und Landschaftspflege und erfüllen damit auch wichtige ökologische Funktionen. Dennoch leidet auch unser Kreis zunehmend unter einer strukturellen Krise: hohe Arbeitslosigkeit, fehlende wirtschaftliche Alternativen, in einigen Orten dramatischer Bevölkerungsrückgang, besonders durch die anhaltende Abwanderung junger Leute auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeits-



plätzen. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen wird vielerorts vom Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse Abschied genommen und Förderung auf Wachstumszentren konzentriert. Strukturschwache ländliche Gebiete geraten dadurch in weiteren Rückstand. Das darf nicht so bleiben.

Wir wollen die flächendeckende Land- und Forstbewirtschaftung als traditionellen Kern der ländlichen Ökonomie stabil erhalten und durch nicht-landwirtschaftliche Gewerbe und Dienstleistungen stärken: Belebung von traditionellem dörflichem Handwerk, Erschließung des ländlichen „sanften“ Tourismus, Umweltwirtschaft, dezentrale Verlagerung von Wirtschaftsstandorten in ländliche Regionen mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe liegt uns am Herzen.

Wir setzen auf die Entwicklung einer wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft. Das beinhaltet die Qualitätsproduktion von Agrarrohstoffen und Nahrungsgütern, die Ökologisierung konventionell produzierender Betriebe, den Ausbau des Ökolandbaus und der Ökolebensmittelwirtschaft sowie die Erschließung neuer Geschäftsfelder, zum Beispiel Energiegewinnung aus Biomasse.

Seit vielen Jahren stehen wir auf der Seite der Milchbauern in ihrem Kampf um adäquate Preise für ihr Produkt. Der Vogelsberg sollte dem Beispiel vieler anderer Regionen folgen und sich zur agrotechnikfreien Zone erklären.

Verkehr und Mobilität

Die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs ist eine beständige kommunalpolitische Aufgabe. Preiswerte und effiziente Transportmöglichkeiten im Kreis für Menschen, die sich kein eigenes Fahrzeug leisten können, für ältere und behinderte Menschen und auch alle, die aus Umweltbewusstsein kein eigenes Auto benutzen, müssen verbessert werden.

In unserer ländlichen Region ist der geförderte Ausbau eines Anruftaxi-Systems weiter nötig. Speziell sollten diese Dienste beim Transport zu Veranstaltungen,

für Senioren und vor allem nachts für Jugendliche zur Verfügung stehen.

Die Schülerbeförderung muss kreisweit kostenlos möglich gemacht werden. Für alle Kinder und Jugendliche in einem Bus muss ein Sitzplatz vorhanden sein.

Vor dem Hintergrund des scharfen Konkurrenzkampfes bei Beförderungsunternehmen, der auf dem Rücken der dort Beschäftigten ausgetragen wird, treten wir dafür ein, dass nur Unternehmen im Vogelsberg Beförderungsaufträge erhalten, die geeignete umweltschonende Fahrzeuge einsetzen und die tarifvertraglich gebunden sind.

Der Kreis soll die bereits örtlich vorhandenen Initiativen zur Schaffung barrierearmer Straßenverhältnisse für behinderte Menschen unterstützen und weitere entsprechende Aktivitäten fördern.

Wo große Verkehrsströme vor allem von LKW durch die Orte die Lebensbedingungen der Menschen beeinträchtigen, da müssen Geschwindigkeitsbeschränkungen und nächtliche Durchfahrverbote, sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Mautumgehungen eingeführt werden, um den Verkehr zu reduzieren. Ortsumgehungen können nur die letzte Möglichkeit darstellen. Dabei ist besonders auf den Schutz

der Natur, geringen Flächenverbrauch, Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen und die Vermeidung zusätzlicher Verkehre zu achten.

Seit Jahren wurde über verschiedene Trassenführungen der A49 gestritten. Wir sind weiterhin generell gegen den Weiterbau der A49, weil diese Autobahn weder verkehrspolitisch noch ökologisch vertretbar ist.



LINKE wählen!

Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung ist ein zentrales Anliegen linker Politik. Allein drei sehr wichtige politische Bereiche belegen das: Die effektivere Bürgerbeteiligung ist notwendig, damit es zukünftig im Vogelsberg sozial gerechter zugehen soll, die Müllentsorgung vernünftig organisiert werden kann und die ärztliche Hilfe weiterhin wohnortnah zur Verfügung steht.